

Das Volk soll entscheiden = Le peuple aura le dernier mot

Autor(en): **Schmid, Adrian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **111 (2016)**

Heft 4: **Heimatschutzpolitik = La politique de protection du patrimoine**

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-658129>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Foto: Peter Schweizer/Heimatschutz

BLN-Gebiet Nr. 1716, Pfywald – Illgraben im Kanton Valais: «Einzigartige Landschaft mit vielfältigen und eindrücklichen Formen.»

Site IEP n° 1716, bois de Finges – Illgraben, dans le canton du Valais: «Paysage exceptionnel, au relief varié et vigoureux.»

50 JAHRE NATUR- UND HEIMATSCHUTZGESETZ

Das Volk soll entscheiden

Mit der Revision des 50-jährigen Natur- und Heimatschutzgesetzes soll der Denkmal- und Landschaftsschutz demontiert werden. Die Revision geht auf eine parlamentarische Initiative zurück. Der Schweizer Heimatschutz bereitet das Referendum gegen den Abbau in einem breiten Bündnis vor. Allenfalls muss das Volk entscheiden, ob es die Zerstörung unserer Baudenkmäler und Kulturlandschaften zulassen will.

Adrian Schmid, Geschäftsführer Schweizer Heimatschutz

Die politische Grosswetterlage steht auf Sturm. Das eidgenössische Parlament will mit verschiedenen Gesetzesrevisionen unsere schützenswerten Ortsbilder und grossartigen Kulturlandschaften opfern. Der Druck auf unsere Baudenkmäler ist in den letzten Jahren zudem massiv gestiegen (s. Übersicht Seite 16/17).

Vor 50 Jahren wurde in weiser Voraussicht das Natur- und Heimatschutzgesetz geschaffen. Der Bundesrat sprach damals Klartext: «Die stürmische Entwicklung von Wirtschaft, Technik und Verkehr bedroht unsere Heimat jeden Tag stärker.» Das eidgenössische Parlament votierte einstimmig für das neue Gesetz. Vorgängig, bereits 1936, wurde die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission eingesetzt.

Werfen wir einen Blick zurück auf das Jahr 1966. Nach den Entbehrungen und dem Grauen des Zweiten Weltkriegs halten Kühlschränke, Waschmaschinen und Fernsehgeräte Einzug in die Haushalte. Die Zahl der Automobile auf den Strassen nimmt massiv zu, was zum Ausbau des Autobahnnetzes führt. Die Erträge der Landwirtschaft steigen dank dem Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger. Vertraute Ortsbilder und Landschaften werden zerstört. Die Entwicklung führt zu Protesten und der Bildung einer ausserparlamentarischen Opposition.

Heute müssen wir eine vergleichbare Entwicklung feststellen. Verheerend und neu ist jedoch, dass das Parlament den Schutz der Natur und der Heimat abbauen statt stärken will.

Energiewende als Vorwand

Mit dem Verweis auf die Energiewende werden gleich zwei Gesetze revidiert respektive der bisherige und erfolgreiche Schutzcharakter abgebaut. Die Förderung erneuerbarer Energien und die Anliegen des Heimatschutzes und der Denkmalpflege stehen nicht in grundsätzlichem Widerspruch zueinander. Die Energiewende und der Ausstieg aus der Atomenergie sind möglich, ohne dass unsere bedeutenden Baudenkmäler, Ortsbilder und Kulturlandschaften gefährdet werden. Bei Interessenkonflikten muss primär das riesige, für den Heimatschutz unproblematische Potenzial von Solaranlagen auf Hausdächern genutzt werden – auf

«Verheerend und neu ist, dass das Parlament den Schutz der Natur und der Heimat abbauen statt stärken will.»

die Beeinträchtigung und Zerstörung von Denkmälern und bedeutenden Ortsbildern ist zu verzichten. Wie ist das möglich? Der Gebäudebestand in der Schweiz beträgt rund 1,8 Millionen Bauten. Weniger als fünf Prozent davon sind als Denkmal geschützt, also rund 90'000 Gebäude. Hinzu kommen weitere Bauten, die in einem Kontext von denkmalpflegerischem Wert dem Ortsbildschutz unterstehen. Insgesamt sind das 10 bis 15 Prozent aller Gebäude. Bei 85 bis 90 Prozent der Gebäude besteht kein denkmalpflegerischer Vorbehalt.

Das eidgenössische Parlament hat das Energiegesetz zu Ungunsten der Schutzanliegen verschärft. Die Natur-, Umwelt-, Landschafts- und Heimatschutzverbände haben sich dezidiert dagegen gewehrt und sind unterlegen. Sie haben aber diesen Entscheid wohl oder übel akzeptiert und damit der Energiewende zugestimmt.

Noch gravierender sind jedoch die Angriffe im Rahmen der aktuell sinstierten Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG).

Bestandteil unserer Identität

Die Ortsbilder, Baudenkmäler und Landschaften unserer Bundesinventare haben einen hohen Wert für unsere Identität. Die

Revision des NHG führt dazu, dass die in Bundesinventaren aufgeführten Ortsbilder, Baudenkmäler oder Landschaften neu verändert werden dürfen, wenn Interessen des Bundes, der Kantone höher gewichtet werden oder seine umfassende Interessenabwägung zu diesem Schluss führt. Bis anhin mussten für eine Veränderung an geschützten Objekten mindestens gleichwertige nationale Interessen bestehen.

Die Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) würden zusätzlich stark an Bedeutung verlieren. Nach aktuellem Recht verfassen die ENHK und die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD) Gutachten, wenn ein Objekt aus einem Bundesinventar erheblich beeinträchtigt würde oder wenn sich in diesem Zusammenhang grundsätzliche Fragen stellen. Die Kommissionen halten fest, ob das Objekt ungeschmälert zu erhalten oder wie es zu schonen ist. Wichtig ist zu wissen: Die aktuelle Gesetzesrevision betrifft nicht nur den Natur- und Heimatschutz, sondern auch die Denkmalpflege, da heute die ENHK und EKD angerufen werden können, wenn es um die Beeinträchtigung geschützter Objekte aus den Bundesinventaren geht. Das ist eine eng begrenzte Zahl. Die grosse Mehrheit der Bauprojekte wird von den beiden Kommissionen also nicht beurteilt. Bei den wenigen Projekten, die von

den Kommissionen beurteilt werden, werden heute viele Entscheide im Sinne der Kommissionsgutachten gefällt. Nun sollen die Gutachten nur noch eine der Grundlagen für die Entscheidbehörde sein!

Das Volk soll entscheiden

Die Bundesinventare umfassen die Juwelen des Schweizer Kulturguts und der Landschaft. Eingriffe an solchen Objekten sind nicht rückgängig zu machen. Es ist darum zwingend, sie vor unüberlegten Eingriffen zu schützen. Solche Eingriffe sind zudem für die Wirtschaft nicht nötig, es gibt genügend Möglichkeiten ausserhalb der Bundesinventare.

Mit der Revision werden die Schutzziele des Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzes frontal angegriffen. Anlässlich der Delegiertenversammlung des Schweizer Heimatschutzes vom Juni 2013 wurde deshalb mit einer Resolution ein Referendum angedroht, sofern die ursprüngliche Forderung der parlamentarischen Initiative mehrheitsfähig wird. Heute wird dieses Referendum in einem breiten Bündnis der Umweltorganisationen und der Alliance Patrimoine vorbereitet. Allenfalls wird das Volk entscheiden müssen, ob es die Zerstörung unserer Baudenkmäler und Kulturlandschaften zulassen will.

50e ANNIVERSAIRE DE LA LOI FÉDÉRALE SUR LA PROTECTION DE LA NATURE ET DU PAYSAGE

Le peuple aura le dernier mot

La révision de la loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage va se traduire par un démantèlement de la protection du patrimoine et des paysages. Ces travaux de révision ont été déclenchés par une initiative parlementaire. Patrimoine suisse prépare le référendum contre cette révision en s'engageant au sein d'une large coalition d'opposants. Le peuple suisse doit pouvoir décider s'il autorise la destruction de son patrimoine bâti et de ses paysages.

Adrian Schmid, secrétaire général de Patrimoine suisse

Un avis de tempête est lancé en cette période de gros temps politique. Profitant de plusieurs révisions législatives, les Chambres fédérales veulent sacrifier nos trésors culturels et naturels. De façon générale, la pression sur notre patrimoine culturel s'est considérablement accentuée ces dernières années (voir aperçu pages 18/19).

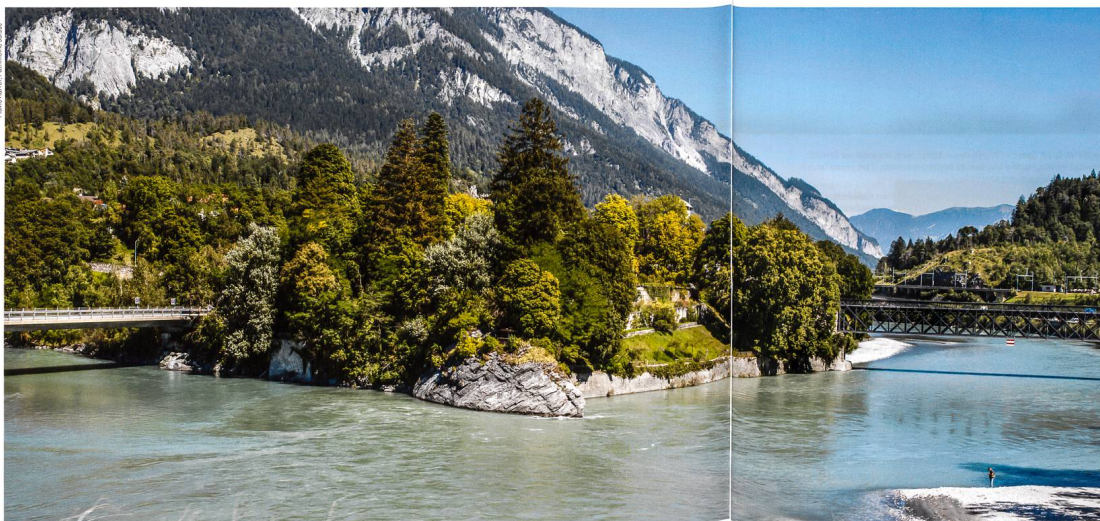
La mise en vigueur de loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage il y a 50 ans fut une décision sage et clairvoyante. Le Conseil fédéral avait alors donné un message très clair: «Le développement impétueux de l'économie, de la technique et du trafic menace chaque jour davantage de déparer le visage de la patrie.» Les Chambres fédérales approuvèrent à l'unanimité la nouvelle loi. Auparavant, en 1936, le Conseil fédéral avait institué la Commission fédérale pour la protection de la nature et du paysage (CFPN).

Remontons dans le temps, en 1966 précisément: après les drames et les privations de la Seconde Guerre mondiale, les réfrigérateurs, machines à laver et postes de télévision s'inventent dans les ménages. L'augmentation du nombre d'automobiles sur les routes est massive et nécessite la construction d'un réseau autoroutier. L'utilisation de pesticides et d'engrais chimiques décuple les rendements de l'agriculture. Des paysages et des sites familiers disparaissent. Face à cette évolution, la résistance s'organise et une opposition extraparlamentaire se forme.

La situation d'aujourd'hui est comparable. Ce qui a changé toutefois, et qui a des conséquences dévastatrices, c'est que le Parlement veut affaiblir et non pas renforcer la protection de la nature et du paysage.

Le prétexte de la transition énergétique

Le tournant énergétique a été invoqué pour justifier la révision de deux lois fédérales, plus exactement l'affaiblissement de la protection qu'elles assuraient très efficacement. Or, il n'y a aucune incompatibilité entre la promotion des énergies renouvelables et les intérêts de la protection du paysage et du patrimoine bâti. La transition énergétique et la sortie du nucléaire sont possibles sans



Site IFP n° 1902, Ruinaulta, dans le canton des Grisons: «Gorge du Rhin antérieur dans les masses de l'éboulement de Films avec des ravinements ayant jusqu'à 300 m de hauteur. Rives en majeure partie non construites. Abstraction faite d'une ligne de chemin de fer à voie étroite, pas de voies de communication.»

BLN-Gebiet Nr. 1902, Ruinaulta im Kanton Graubünden: «Schlucht des Vorderreins im Trümmerstrom des Flimsler Bergsturzes. Bis 300 m hohe Erosionsnarisse. Grösstenteils unverbauter Ufer, abgesehen von einer schmalspurigen Bahnlinie von keinen Verkehrswegen begleitet.»

que nos plus beaux paysages, monuments, sites archéologiques et réserves naturelles ne soient mis en péril. Lorsqu'il existe un risque de conflit avec d'autres intérêts, il est primordial de considérer en premier lieu le gigantesque potentiel existant partout où les intérêts de la protection du patrimoine ne sont pas touchés et d'éviter d'aliéner ou de détruire notre patrimoine bâti et nos sites remarquables. Est-ce possible? Oui, bien sûr!

La Suisse compte environ 1,8 million de bâtiments. Moins de 5% de ces bâtiments (90 000 bâtiments environ) sont protégés. Si l'on ajoute encore les bâtiments culturels présentant un certain intérêt patrimonial qui représentent 10 à 15% du parc immobilier, il reste 85 à 90% de bâtiments qui ne présentent aucune incompatibilité avec la protection du patrimoine.

Les Chambres fédérales ont privilégié les objectifs énergétiques au détriment des intérêts de protection. Les organisations de protection de la nature, de l'environnement, du paysage et du patrimoine s'y sont fermement opposées, mais n'ont pas été entendues. Elles ont néanmoins accepté bon gré mal gré cette décision et sont favorables à la transition énergétique.

Les atteintes portées aux intérêts de protection dans le cadre des travaux de révision de la loi sur la protection de la nature et du paysage (LPN) sont beaucoup plus préoccupantes encore.

Une part essentielle de notre identité

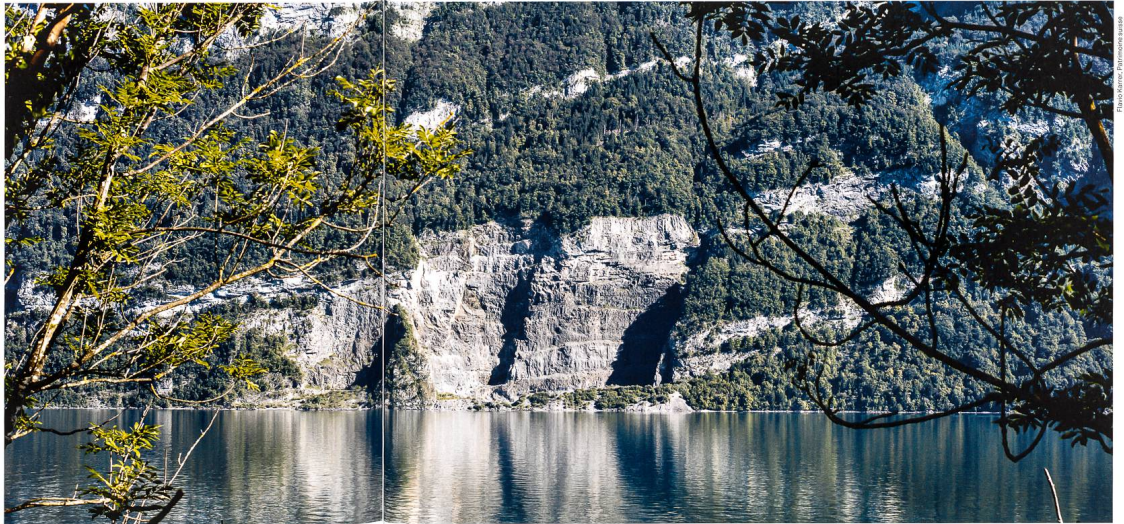
Les sites construits, les monuments et les paysages inscrits dans les inventaires fédéraux participent pour une part essentielle à la construction de notre identité collective. Avec la révision de la LPN, ces sites et paysages remarquables répertoriés dans les inventaires fédéraux pourront être transformés si des intérêts publics de la Confédération ou des cantons ou «une pesée de tous les intérêts en présence» le justifient. Jusqu'ici, un objet protégé ne pouvait être modifié que si des intérêts nationaux équivalents ou supérieurs l'exigeaient.

De plus, les expertises de la Commission fédérale pour la protection de la nature et du paysage (CFNP) perdraient une grande partie de leur portée. Selon la loi actuellement en vigueur, la CFNP et la Commission fédérale des monuments historiques (CFMH) établissent une expertise lorsqu'un objet inscrit dans un inventaire fédéral risque d'être sensiblement altéré ou si une intervention soulève des questions de fond. Dans ces expertises, les commissions indiquent si l'objet doit être conservé intact ou de quelle manière il peut être ménagé.

Il est important de noter que les travaux de révision en cours ne concernent pas seulement la protection de la nature et du paysage; ils touchent également les monuments historiques car la CFNP et la CFMH ne peuvent être sollicitées que pour un risque d'atteinte à des objets protégés répertoriés dans les inventaires fédéraux. Cela ne concerne qu'un nombre confidentiel d'objets. La grande majorité des projets de construction ne sont donc jamais examinés par ces commissions. Et pour les rares projets sur lesquels les commissions se prononcent, il arrive souvent que la décision finale confirme les recommandations des expertises. Désormais, ces expertises ne constitueront plus qu'une des bases dont dispose l'autorité de décision!

Le peuple doit avoir le dernier mot

Les inventaires fédéraux répertorient les joyaux du patrimoine culturel et naturel de la Suisse. Les atteintes à de tels objets sont



Site IFP n° 1613, Speer - Churfirsten - Alvier, dans le canton de St-Gall:
«Paysage montagnard d'une beauté impressionnante, d'un grand intérêt floristique, géologique et touristique.»

BLN-Gebiet NR. 1613, Speer - Churfirsten - Alvier im Kanton St. Gallen:
«Markante Gebirgslandschaft von beeindruckender Schönheit, geologisch, floristisch und touristisch gleichermassen von Bedeutung.»

irréversibles. Il est donc impératif de les protéger de toute altération irréfléchie. De telles atteintes ne sont pas nécessaires du point de vue économique car il existe suffisamment de possibilités d'installation hors inventaires fédéraux.

Cette révision constitue une atteinte frontale aux objectifs de protection de la nature et du paysage en Suisse. L'Assemblée des délégué-e-s de Patrimoine suisse qui s'est tenue en juin 2013 a voté une résolution annonçant la tenue éventuelle d'un référendum si l'essentiel des revendications de l'initiative parlementaire recueillie une majorité de voix. Ce référendum est activement préparé aujourd'hui au sein d'une large coalition réunissant des organisations environnementales et l'Alliance Patrimoine. Le peuple suisse doit pouvoir décider s'il autorise la destruction de son patrimoine bâti et de ses paysages.

Photomontage du projet EKZ/SAK de grande centrale solaire au bord du lac de Walen, au cœur d'un site inscrit à l'IFP (EKZ: Elektrizitätswerke du canton de Zurich et SAK: St.-Gallisch-Appenzelische Kraftwerke)

Fotomontage des geplanten Solar-Cross-Kraftwerks der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) und der St.-Gallisch-Appenzelischen Kraftwerke (SAK) am Walensee, mitten im BLN-Gebiet

